

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

5.12.1865 (No. 287)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 5. Dezember.

N. 287.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

† **Frankfurt**, 4. Dez. Die Doktoren Mumm und Berg sind zu Senatoren gewählt worden.

† **Hamburg**, 4. Dez. Graf Bismarck, Hr. v. Noon und der Gouverneur des Herzogthums Schleswig, General v. Mantuffel, sind gestern hier eingetroffen.

† **Brüssel**, 3. Dez., Abends. (W. L. B.) Die gestern vorübergehend eingetretene Besserung in dem Befinden des Königs dauert nicht fort. Die Dysenterie ist mit der frühern Festigkeit wiedergekehrt.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 4. Dez. 1. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. Regierungskommissäre: Hr. Staatsrath Dr. Lamey und später Sr. Excellenz Hr. Staatsminister Dr. Stabel.

Der durchlauchtigste Präsident eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren!
Nachdem mir durch Allerhöchsten Willen und Befehl der Vorherrschaft in diesem hohen Hause wieder übertragen worden ist, entledige ich mich zugleich der schönen Pflicht des Grußes an die sämmtlichen Mitglieder dieses hohen Hauses. Zugleich aber auch beglückwünsche ich dieses hohe Haus in Bezug auf die Grundlage, auf der wir unsern Neubau fortsetzen sollen. Ich beglückwünsche Sie in Bezug auf die hochwichtigen Worte, die wir in der Ansprache bei Eröffnung des Landtages aus dem Munde des Hrn. Präsidenten des Staatsministeriums gehört haben, und die sich dahin aussprechen, die großh. Staatsregierung werde unerschütterlich festhalten an den Grundsätzen des Gesetzes vom Jahr 1860, festhalten an der ihr selbst und durch sich selbst gestellten Aufgabe. Wir sehen daraus, daß die Arbeit, die die großh. Staatsregierung unternommen, die sie unterstützt durch die beiden Kammern, insbesondere auch durch dieses hohe Haus, unternommen und fortgesetzt hat, zu einem gedeihlichen Resultat geführt hat. Wir dürfen uns der schönen Thatsache nicht verschließen, und wer ein Auge hat, in die Verhältnisse des Landes zu sehen, wird sich überzeugen können, daß es gut steht in unserem Lande. Dies ist der Lohn der Arbeit aller Derer, die zu einem solchen gedeihlichen Resultat mitgewirkt haben. Allein ganz ist diese Aufgabe der großh. Regierung, zu der wir die Hand willig bieten wollen, nicht erfüllt. Sie spricht es aus in der Ansprache an die beiden Kammern, indem sie sagt, daß sie Reformvor schläge in die hohen Häuser einbringen werde. Dieses hohe Haus wird gewiß nicht hinter der Aufgabe der Zeit und derjenigen, die ihm gestellt ist, zurückbleiben; es wird mit Freuden die Vorlagen der großh. Staatsregierung entgegennehmen und mit aller Gewissenhaftigkeit und Pflächteifer sich denselben widmen.

Was mich betrifft, so kann ich nicht beanspruchen, daß Sie mir das Vertrauen schenken, das ich in so hohem Maße bedarf; wohl aber bitte ich Sie, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, die Versicherung anzunehmen, daß Sie die Ueberzeugung haben können, daß ich unparteiisch mein Amt führen werde; und damit ich dieses kann, bitte ich um Ihre gütige Unterstützung. Noch einmal, seien Sie beglückwünscht in Bezug auf die Ansprache von Seiten der großh. Staatsregierung, beglückwünscht, daß dieselbe Ihnen Gelegenheit gegeben, nach allen Seiten und für alle Parteien zu wirken zum Wohle des Vaterlandes.

Hr. Staatsrath Dr. Lamey übergeht hierauf die Akten über die Wahlen des grundherrlichen Adels und der Universitäten, sowie verschiedene Entschuldigungsschreiben nicht erschienenen Mitglieder, und verliest sodann zwei höchste Reskripte, betreffend die Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie der von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog berufenen acht Mitglieder des hohen Hauses.

Hr. Geh. Rath v. Mohl drückt die Freude darüber aus, den durchlauchtigsten Prinzen Wilhelm wieder an der Spitze des hohen Hauses zu sehen, dessen Geschäften höchstpersönlich immer mit so bewundernswürdigem Eifer gewidmet habe, und kann nur mit Rücksicht darauf sein Bedenken wegen Befähigung zu dem ihm selbst durch höchstes Vertrauen übertragenen Ehrenposten schweigen lassen.

Die Tagesordnung führt zu Prüfung der Wahlen. Die hiezu nach der Geschäftsordnung aus den sechs ältesten Mitgliedern gebildete Kommission trägt nach kurzer Berathung, während welcher die Sitzung unterbrochen wurde, darauf an, sämmtliche Wahlen für unbeanstandet zu erklären, welchem Antrag das hohe Haus ohne Diskussion beitrifft.

Hierauf wurde das neu eingetretene, bei Eröffnung des Landtags abwesend gewesene Mitglied Hr. Frhr. v. Andlau vom Durchlauchtigsten Präsidenten feierlich beedigt.

Hr. Staatsminister Dr. Stabel bringt zwei höchste Erlasse, über die durch mündliche Rücksprache zwischen den Präsidenten der Kammern und der Regierung zu erledigende, den Gang der Verhandlungen im Allgemeinen betreffende Ge-

schäfte und über die Ernennung der ständigen Regierungskommissäre, zur Kenntniß des hohen Hauses.

Hr. Graf v. Kageneck widmet nun dem verstorbenen Geheimrath v. Hirscher folgenden Nachruf:

Durchlauchtigster Herr Präsident, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Vor wenigen Wochen folgten die Bewohner meiner Vaterstadt Freiburg, vertreten aus allen Ständen, Konfessionen und politischen Richtungen, einem Sarg, der die irdischen Ueberreste eines edlen Mannes umschloß. Wir gaben am 6. Nov. dem Hrn. Geh. Rath und Domkapitular Dr. Baptist Hirscher die letzte Ehre. Derselbe war bis zum Jahr 1861 in stürmischen und bewegten Zeiten ein eifriges Mitglied dieses hohen Hauses, ein eifriger Arbeiter an den Geschäften desselben. Im Jahr 1861 abermals durch die Gnade Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs in diese Räume berufen, war es ihm nur wenige Monate vergönnt, an unsern Geschäften Theil zu nehmen; Krankheit und hochvoriges Alter riefen ihn nach Freiburg zurück, wo er am 4. Nov. d. J. starb.

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Unser Vaterland, Staat und Kirche verlieren an dem Dahingegangenen viele Begabung und eminente Befähigung. Im Lehrfach wirkte er eine lange Reihe von Jahren hindurch, von der Volksschule auf bis zur Gelehrtenschule. Wer die Grundsätze derselben, die christliche Moral zu verbreiten, wer den im Herrn Entschlafenen und seine Werke kannte, wird anerkennen, daß in allen seinen Schriften der ewige Grundatz des Christenthums „Gott ist die Liebe“ hervorleuchtete. Er errichtete sich ein Denkmal, dauerhafter und stärker als von Erz, durch seine unermüdete und gezielte Wirksamkeit in dem Verein zur Fürsorge für sittlich verwaiste Kinder. Ich glaube, daß ich Ihren Gefühlen in diesem hohen Hause Ausdruck gebe, wenn ich Sie bitten, sich zum Andenken an den Verstorbenen von Ihren Sätzen zu erheben.

Sämmtliche Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen. Das Gleiche geschieht von sämmtlichen Mitgliedern auf den von Hrn. Prälaten Hofmann zum ehrenden Andenken des verstorbenen Zolldirektors Kirchgauer gesprochenen Vortrag.

Nachdem hierauf der Tagesordnung gemäß die Wahl der Sekretäre vorgenommen worden, welche auf die Hrn. Ministerialrath Dr. Jolly und Frhr. v. Söller fiel, erhob sich Hr. Geh. Rath Dr. Bluntzsch, um im Einverständnis mit mehreren Mitgliedern des hohen Hauses nachfolgende Interpellation an großh. Staatsminister zu richten, bezw. solche für die nächste Tagesordnung anzugehen:

1) Ist das hohe Staatsministerium in der Lage und geneigt, über die Gründe, welche den Frhr. v. Roggenbach bestimmt haben, aus dem Ministerium auszuschiden, der Kammer Aufschluß zu geben?

2) Hat der Austritt des Frhr. v. Roggenbach eine Aenderung in der politischen Haltung und Richtung des Staatsministeriums zu bedeuten, oder nicht, und im erstern Fall welche?

Hr. Staatsminister Dr. Stabel antwortet, das großh. Staatsministerium werde in der nächsten Sitzung sich zu erklären bereit sein. (Schluß folgt.)

† **Karlsruhe**, 4. Dez. 1. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Vorsitzender Abg. Pagenstecher, Alterspräsident. Am Ministerial Staatsrath Lamey.

Der Alterspräsident eröffnet die Sitzung um 9^{1/2} Uhr mit folgender Rede:

Hochgeehrte Herren!
Gewohnter Übung mich anschließend, heiße ich Sie herzlich willkommen in diesem alten, jugendlich aufgeräumten Saale, der schon seit einer Reihe von Jahrzehnten so viele Ihrer würdigen Vorgänger umschloß hat. Mehr aber als seine Säulen und Verzierungen schmückt diesen Saal das Andenken an unsere Vorgänger, an die großen Männer, welche in seinen Räumen saßen und wirkten. Es ist eine glänzende Reihe von bedeutenden Staatsmännern und gewaltigen Volksvertretern, welche in dieser Palastra thätig waren. Wenn ich mir erlaube, von den vielen würdigen Heimgegangenen nur die Namen eines Nebenius, eines Winter, eines Böck, eines Notter, eines Duttlinger, eines Sander vor Ihren Geistern auferstehen zu lassen, so fählen Sie mit mir die Bedeutung jener Männer, die hier thätig waren und die uns als Vorbilder vorzuziehen. Wenn wir nun fragen, ob die Arbeiten, welche jene Männer geleistet haben, der Gegenwart entsprechen, deren wir uns erfreuen; ob nicht jene großen Thätigkeiten spurlos in den Sand verlaufen sind, wie wir es leider in so vielen anderen Ländern des deutschen Vaterlandes zu beklagen Ursache haben, dann dürfen wir getroßt auf unsere Gegenwart blicken, wie wir zu unserer Ermunterung auf die Vergangenheit schauen können. Gewiß, es ist nicht Alles vollkommen, auch im Lande Baden; wer aber gewohnt ist, an alle irdischen Dinge den Maßstab der absoluten Vollkommenheit anzulegen, der wird nie eine Heimath für sich finden. Unter den deutschen Staaten nimmt der badische unbedingt eine relativ gute, ja eine hervorragend gute Stellung ein, wenn auch benachbarte Staaten ihm sehr ähnlich sind. Ich will keine stolzen Vergleiche ziehen; es gibt leider auch in unserm Vaterlande noch sehr dunkle Stellen, wo nicht im entferntesten Das erreicht ist, was wir als unser Gut zu schätzen

haben; aber übertroffen wird unser Vaterland in seinen verfassungsmäßigen Zuständen, in seinen bürgerlichen Einrichtungen schwerlich. Sie brauchen nur über die Grenzen des Vaterlandes hinauszugehen, sich in jene Gegenden zu begeben, wo nicht mehr das badische Szepter walte, und Sie können mit inniger Befriedigung, mit patriotischem Stolz aus jedem Munde hören: Ihr glücklichen Badener!

Dies veranlaßt gewiß nicht die Ständeversammlung, sich müßig hinzustrecken auf das Vorbeerbett, was zum großen Theil unsern Vorgängern, theilweise wenigstens aber auch Ihrer eigenen Thätigkeit zu danken ist. Doch aber gibt dieser Umstand der Stellung der Kammer eine ganz bestimmte Bezeichnung. Wenn unsere Vorgänger, als sie die Verfassung des Landes begründeten, als sie ihren Bestand unter schweren Kämpfen zu befestigen hatten, eine ganz andere Haltung einzunehmen genöthigt waren, als wir, so ist unser Dank dafür unvergänglich. Es gehört aber ein eben so hoher, ein echter Bürgernuth dazu, das Errungene mit Besonnenheit zu bewahren, und ich glaube, das werden Sie mir Alle zugeben, dieser unser Standpunkt ist der hauptsächlichste. Wir werden vielleicht jetzt oder bald auch wieder zu kämpfen haben, denn es sind mancherlei bedrohliche Anzeichen in der Atmosphäre; ich fürchte sie zwar nicht von innen, aber es können von außen Pressionen geübt werden. Die Hauptsache ist jedoch, nicht mit dem kriegerischen Geiste an unsere Arbeiten zu gehen, sondern mit dem Geiste der Besonnenheit, welcher das Errungene Werthvolle bewahrt und allerdings nicht darauf verzichtet, Lücken auszufüllen, Fehler zu verbessern, Mängeln nachzuhelfen, welcher sich aber doch bewußt ist: er besitzt ein großes Gut, und das will er nicht verscherzen, denn weit höher, als die Pflicht zu kämpfen, als zu glänzen, gilt für den Abgeordneten die Pflicht, dem Lande zu nützen. Ich weiß, daß Sie Alle in dieser Beziehung mit mir einverstanden sind und deshalb freue ich mich, Sie wieder hier versammelt zu sehen und mit Ihnen thätig sein zu können an dem Werke, das uns das Volk aufträgt hat. Nochmals heiße ich Sie herzlich willkommen!

Staatsrath Lamey überreicht dem Haus die Akten über die vorgenommenen Neuwahlen; ferner zwei allerhöchste Erlasse Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, beide von Bevey, 24. Nov. o. Durch den ersten werden mit der Vermittelung des Geschäftsverkehrs zwischen der Staatsregierung und den Präsidien beider Kammern beauftragt: für die Erste Kammer der Staatsminister Dr. Stabel, für die Zweite Kammer der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Lamey. Der zweite allerh. Erlaß erneuert zu beständigen Regierungskommissären für die Kammerverhandlungen: vom Ministerium des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten den Geh. Legationsrath v. Pfeuffer; vom Justizministerium den Geh. Rath Jungmanns und Ministerialrath v. Freyborst; vom Ministerium des Innern den Geh. Referendar Cron, die Ministerialräthe Schmidt und v. Dusch; vom Handelsministerium den Geh. Referendar Diez und den Ministerialrath Muth; vom Finanzministerium den Geh. Finanzrath Schmidt und den Ministerialrath Wally; vom Kriegsministerium den Oberst Götz, Generalauditor Brauer und Geh. Kriegsrath v. Froben.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Abg. Wittmann durch den bekannten Unfall, der die Stadt Lahr getroffen hat, zu erscheinen verhindert sei. Auch Abg. Fauer ist verhindert, an der heutigen Sitzung Theil zu nehmen. Die hiesigen Gesellschaften „Museum“ und „Eintracht“ haben die Kammermitglieder zum Besuch ihrer Lokalitäten für die Dauer der Session eingeladen. Eingelassen sind der Jahresbericht der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz, ferner von Mannheim eine Petition gegen die Ausdehnung des Hausirhandels.

Es erfolgt nun die Verlosung der Mitglieder in die provisorischen Abtheilungen; damit sich dieselben konstituieren und die Wahlprüfungen vornehmen können, wird die Sitzung um 10 Uhr unterbrochen. Zu Vorsitzenden der provisorischen Abtheilungen sind gewählt worden die Abgg. Hildebrand, Kirsner, Allmang, Kusel und Cshard. Eine Stunde später wird die Sitzung wieder aufgenommen und es erfolgt die Berichterstattung über die Neuwahlen.

Es werden ohne Anstand genehmigt die Wahlen der Abgg. Tritschler, Cshard, Busch, Kirsner, Kiefer, Hufschmidt, Grimm, Hepting, Kayser, Kiefer, Fried, Heilig.

Ueber die Wahl des letztern erstattete Abg. Kusel den Bericht; derselbe bemerkt, daß Bürgermeister Heilig bei dem Wahlact, dem er als Wahlmann beizuwohnen, sich der Abstimmung enthalten habe. Die Abtheilung wolle bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß sie der Meinung sei, die Wahlordnung berechtige keinen Wahlmann, sich der Stimmgebung zu enthalten. Abg. Prestinari bemerkt mit Bezug auf den vorliegenden speziellen Fall, daß der Wahlmann Bürgermeister Heilig sich selbst nicht habe seine Stimme geben wollen; es hätte ihm unter solchen Umständen nur freigestanden, entweder für den Kandidaten der Gegenpartei zu stimmen, oder für eine gar nicht in Frage stehende Persönlichkeit zu votieren. Unter solchen Umständen hätte er die Enthaltung von der Abstimmung vorziehen müssen. Ein Zwang zur Wahl könne übrigens nach dem Gesetze nicht angenommen werden.

Ferner werden ohne Anstand genehmigt die Wahlen der Abg. Pichford, Richter, Lenz und Roder.

Ueber die Wahl des Oberbürgermeisters Krausmann zu Heidelberg berichtet Abg. Eckhard. An Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerlasten verleierte der Gewählte ein Kapital, welches 10,000 fl. nicht erreichte, indes beziehe er ein Jahresgehalt als Oberbürgermeister von 1700 fl. Es sei die Abtheilung zweifelhaft gewesen, ob dieser Gehalt der in § 37 der Verfassung*) geforderten fixen Besoldung gleich zu stellen sei. Die Abtheilung sei der Meinung, daß der fixe Gehalt eines Gemeindebeamten den Anforderungen des § 37 nicht genüge. Weil jedoch die Wahl des Oberbürgermeisters Krausmann schon 1857 genehmigt sei, als er erst 1500 fl. Gehalt bezog, und weil er bereits 8 Jahre in der Abgeordnetenversammlung ge- sessen habe, so könne man diesen Vorgang als Präcedenz gelten lassen. Der Antrag der Kommission gehe jedoch auf Be- anstandung der Wahl.

Abg. Kirchner: Er würde gegen die Genehmigung der Wahl gestimmt haben, wenn der Gewählte erst jetzt eingetre- ten wäre; da derselbe aber schon so lange in der Kammer ge- sessen habe, so glaube er, daß er auch ferner nicht auszu- schließen sei.

Abg. Prestinari: Es seien die beengenden Bestimmun- gen der Verfassung über die Wählbarkeit eher auszudehnen, als noch mehr einzuschränken. Sei eine Oberbürgermeister- Stelle auch kein Staatsamt, so sei sie doch jedenfalls ein öffentliches Amt, und es entspreche wohl dem Sinn der Ver- fassung, wenn in Bezug auf die Wählbarkeit die Gemeinde- beamten, die ja auch dem Staate dienen, den Staatsbeamten gleich behandelt würden.

Abg. Kufel: Sein juristisches Gewissen sträube sich ge- gen die Zulassung dieser Heidelberger Wahl. Der Schlus- satz des § 37, der die Pfarrer ausdrücklich hervorhebe, zeige, daß man bei Erlaß der Verfassung die Bürgermeister nicht als Staatsdiener betrachtet habe.

Staatsrath Lamoy: Der strikte Wortlaut der Verfassung spreche allerdings gegen die Gültigkeit der vorliegenden Wahl; andererseits werde die Regierung keinen Anstand daran nehmen, wenn die h. Kammer mit Rücksicht auf die frühere Wirksam- keit des Oberbürgermeisters Krausmann in diesem Haus die Wahl zulasse.

Berichterstatter Eckhard: Die frühere Wahl des Hrn. Krausmann sei in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 20. Nov. 1857 genehmigt worden. Der Abgeordnete verliest die betreffende Stelle des Protokolls jener Sitzung. Aus der- selben ergibt sich, daß damals die Frage, ob der Gehalt des Oberbürgermeisters wie eine Staatsbesoldung anzusehen sei, gar nicht in Betracht gezogen worden ist. Die Abtheilung beantragte damals die Genehmigung der Wahl, ohne irgend einen Anstand geltend zu machen.

Abg. v. Feder: die Verfassung müsse nach Wortlaut und Sinn erfüllt werden, und mit dem Wortlaut des § 37 könne die Heidelberger Wahl nicht in Uebereinstimmung gebracht werden. Der Umstand, daß man 1857 den Anstand über- sehen habe, könne nicht maßgebend sein. Allerdings sei es wünschenswerth, daß die gesetzliche Wählbarkeit erweitert würde, doch dies könne nicht durch eine laze Behandlung der Bestimmungen der Verfassung erreicht werden, sondern da- durch, daß man mit Strenge verfare und der Regierung es nahe lege, einen Gesetzentwurf zur Reform des betreffenden Verfassungsparagraphen einzubringen.

Das Haus stimmt über die Gültigkeit der Wahl ab; mit einer großen Majorität (gegen etwa 10 Stimmen) wird die Wahl des Oberbürgermeisters Krausmann für ungültig erklärt, so daß eine Neuwahl in Heidelberg statzufinden hat. Es erfolgt noch die Vereidigung des Abg. Busch. Die Sitzung wird um 12¼ Uhr geschlossen.

† Karlsruhe, 4. Dez. 2. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 5. Dez., Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Vorlagen der großh. Regierung. 3) Wahl dreier Kandidaten für die Präsidentenstelle. 4) Wahl der Sekretäre.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Dez. Zur Feier des höchsten Geburts- festes Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin fand heute Diner bei Seiner Excellenz dem Hrn. Staatsminister Stabel statt, wobei auch die Großherzoglichen Hoheiten Prinz Wilhelm und Prinz Karl anwesend waren.

Frankfurt, 3. Dez. Ueber die Resultate der Verhand- lungen der Maß- und Gewichtscommission können wir folgendes Authentische mittheilen:

Nachdem über den preussischen Entwurf einer allgemeinen Maß- und Gewichtsordnung durch 12 Sitzungen hindurch Berathung gepflogen worden, erhielt die aus den H. R. Rath Haase (Hannover), R. Rath Rüdinger (Stuttgart), Geh. Referendar Dr. Diez (Karlsruhe), Prof. Stegmann (Marburg) und Ministerialrath Dr. Dippe (Wes- lenburg) bestellte Subcommission den Auftrag, auf Grund der Resul- tate der vorgängigen Verhandlungen einen neuen Entwurf auszuarbei- ten, der am 28. Nov. in erster und am 1. Dez. in zweiter Lesung einstimmig angenommen und von sämmtlichen Mitgliedern der Kom- mission unterzeichnet worden ist. Die Grundlage des Maßes und Gewichts ist das Meter, worunter diejenige Längengröße zu verstehen ist, welche durch das zu Paris aufbewahrte Metre des Archives bei

*) Es lautet in der Verfassung:

§ 37. Zum Abgeordneten kann ernannt werden, ohne Rücksicht auf Wohnort, jeder durch den § 35 nicht ausgeschlossener Staatsbürger, der 1. das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, und

2. in dem Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerkataster wenigstens mit einem Kapital von 10,000 fl. eingetragen ist, oder eine jährliche lebenslängliche Rente von wenigstens 1500 fl. von einem Stamm- oder Lehnzinsbesitzer, oder eine fixe ständige Besoldung oder Kirchen- präbende von gleichem Betrag als Staats- oder Kirchenbeamter bezieht, auch in diesen beiden letzteren Fällen wenigstens irgend eine direkte Steuer aus Eigentum zahlt.

Landes-, Standes- und grundherrliche Besitzbeamte, Pfarrer, Pöb- lici und andere geistliche oder weltliche Hofbeamte können als Abge- ordnete nicht von den Wahlbezirken gewählt werden, wozu ihr Amts- bezirk gehört.

der Temperatur des schmelzenden Eises dargestellt wird. Als all- gemeine deutsche Maße gelten: 1) als Längenmaß das Meter und dessen bekannte Theilungen; 2) als Flächenmaß die Quadrate der Längenmaße, als Feldmaß insbesondere das Ar (= 100 Quadrat- meter), das Hektar (= 100 Ar = 10,000 Quadratmeter); 3) als Körpermaße die Würfel der Längenmaße, als Hohlmaß insbesondere der Liter = 1 Kubikdecimeter, das Hektoliter = 100 Liter. Diese Maße haben ausschließliche Geltung. Dem Bundesgesetz bleibt es übrigens überlassen, neben diesem Maß auch nachstehende Maße oder einzelne derselben unter den angegebenen Namen als Landesmaße ein- zuführen, insofern bei der Annahme dieser Maß- und Gewichtsordnung ein darauf bezüglicher Vorbehalt gemacht ist: 1) Längenmaße: der Fuß = 3 Decimeter, Zoll = 3 Centimeter, Linie = 3 Millimeter; das Lachter bei dem Bergbau und der Faden bei dem Seewesen = 2 Meter; die Ruthe = 6 Meter; die Meile = 1500 Meter; decimale Theilung dieser Längenmaße. 2) Flächenmaße: die Quadrate dieser Längenmaße; Feldmaße, insbesondere: der Morgen = 2500 Quadrat- meter = ¼ Hekt. = 100 Quadratrußen; das Joch = 5800 Qua- dratmeter = ½ Hekt. = 200 Quadratrußen. 3) Körpermaße: die Würfel obiger Längenmaße. Die Klaste = 4 Kubikmeter. Das Ge- wicht eines Kubikcentimeters destillirten Wassers im luftleeren Raum bei der Temperatur von + 4 Grad Celsius ist das Gramm. Das Pfund = 500 Gramm = ½ Kilogramm bildet die Einheit des deut- schen Gewichts. Der Zentner = 100 Pfund = 50 Kilogramm; die Schiffslast = 4000 Pfd. = 2000 Kilogramm. Die Untertheilung des Pfundes wird durch die Landesgesetze bestimmt. Ebenso bestimmen die Landesgesetze den Zeitpunkt, in welchem diese Maß- und Gewichts- ordnung in Wirksamkeit treten soll. Sie können über diesen Zeitpunkt hinaus die Weiterhaltung abweichender Feld- und Hohlmaße auf un- bestimmte Zeit, anderer abweichender Maße, sowie abweichender Ge- wichte nur auf bestimmte Zeit anordnen.

Zunächst wird der Entwurf der Bundesversammlung vor- gelegt.

Bonn, 1. Dez. Das so viel besprochene bedauerenswerthe Ereigniß, welches dem Koch Ditt aus Straßburg das Leben kostete, ist, nach der „Bonn. Ztg.“ nunmehr durch Erkennt- niß des Militärgerichts dahin erledigt, daß der einjährige Freiwillige Graf zu Eulenburg zu 5monatlicher Festungstrafe verurtheilt worden ist.

Weimar, 2. Dez. Die „Weimarsche Zeitung“ meldet: Die Verlobung der Prinzessin Helena von England (geb. 25. Mai 1846) mit dem Prinzen Christian von Schleswig- Holstein-Sonderburg-Augustenburg (geb. 22. Januar 1831) ist gestern auf Schloß Windsor gefeiert worden.

Flensburg, 29. Nov. (Nat.-Ztg.) Ueber das polizeiliche Verfahren gegen Hrn. v. Neergaard aus Kiel enthält die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ folgende berichtige und ergänzende Angaben: Hr. v. Neergaard war Freitag Nachmittag zu vor- wiegend politischen Zwecken von Kiel zunächst nach der Stadt Schleswig gereist und Samstag mit dem Morgenzug weiter nach Flensburg. Dort angelangt, fand er seinen Koffer sammt einer Aktenmappe vergeschlossen ins Hotel, während er selbst seine Besuche in der Stadt begann, erst nach fast zwei Stunden ins Hotel kam und dafelbst den seit unmittelbar nach Ankunft des Bahnzuges seiner harrenden Polizeidiener traf. Daß die Ankunft des Hrn. v. Neergaard und die mißthätige Mitführung der Zeitungen („Schlesw.-Holst. Ztg.“ und „Fehl. Nachr.“) im voraus von Schleswig signalisirt worden, scheint nicht zweifelhaft nach einigen Fragen, die ihm im Ge- richtsverhör vorgelegt wurden, und zu deren Beantwortung er sich, nach Lage der Sache, nicht verpflichtet erachtete. Für diese hartnäckige Weigerung (nicht für die anfängliche dem Polizeidiener gegenüber) ward er in eine Gerichtsbrücke von 50 Wark verurtheilt. Hiergegen sowohl, wie gegen das Haupt- bekenntniß hat er sofort zu Protokoll die Supplikation einge- wandt, und es wird also der Fall in allen seinen theilweis nur juristisch interessanten, theilweis aber politisch bedeutsamen Punkten demnächst zur Entscheidung des Appellations- gerichts für das Herzogthum Schleswig (in Flensburg) kom- men. Hr. v. Neergaard bestreitet die Gültigkeit und Verbind- lichkeit des Zeitungsverbotes auch auf der Grundlage der Ver- träge von Wien und Gastein, und hat das Gericht angerufen zum Schutz der schleswig-holsteinischen Staatsbürger in ihren gesetzlichen Rechten. Den in Flensburg selbst, wie in Kiel und anderwärts beim ersten Bekanntwerden der Sache aufstau- enden Gerüchten von angebrochener und gar vollzogener Ver- haftung hat jede Grundlage gefehlt; Neergaard hat außerdem die persönliche Behandlung, die ihm widerfahren, als von An- fang bis zu Ende durchaus geziemend anerkannt.

Berlin, 2. Dez. Ein angeblich aus Holstein schreiben- der Korrespondent der „Köln. Ztg.“, welcher dem genannten Blatt schon zum öftern die Anschauungen und Absichten der preussischen Politik bezüglich der Herzogthümer so gut und noch deutlicher als die offiziellen Korrespondenten dargelegt hat, läßt sich abermals über die jetzige Lage vernehmen. Er sagt u. A.: „Die preussische Regierung sollte das Wiener Kabinett höchst, aber recht dringend erjuchen, fortan in Hol- stein die Verwaltung streng nach dem Sinn und Wortlaut der Gasteiner Uebereinkunft zu führen, oder aber eine Revi- sion dieses Uebereinkommens zu genehmigen, um ein haltbares Provisorium durch Ueberlassung der Verwaltung beider Her- zogthümer an Preußen zu schaffen. Ersteres würde bedingen, daß die österreichische Regierung den Erbprinzen von Augu- stenburg, so lange derselbe sich als den rechtmäßigen Landes- herrn anerkennen will, aus den Herzogthümern entferne, und daß sie an die Spitze der Verwaltung und in den höheren Beamtenstellen im Lande nicht solche Persönlichkeiten belästigt oder neu anstelle, welche in Herzog Friedrich VIII. ihren rechtmäßigen Landesherren anerkennen.“

Will die österreichische Regierung — fährt der Holsteiner fort — diese beiden aus Art. 1 der Gasteiner Konvention klar hervorgehenden Bedingungen wirklich erfüllen — was freilich namentlich im zweiten Punkt eine höchst schwierige Aufgabe für Oesterreich sein möchte, da es für die etwa zur Erledigung kommenden höhern Stellen keine Persön- lichkeiten zur Verfügung haben dürfte —, so würde man in Berlin dagegen nichts einwenden können; aber für Holstein wäre natürlich die Folge, daß die Oesterreicher dann doch die ihnen künstlich, nur durch den Gegensatz zu Preußen zugewandte Popularität dort völlig

verlieren und die Holsteiner selbst bald Alles aufbieten würden, um nur wieder zur Vereinigung mit Schleswig zu gelangen und sich mit Preußen in ein gutes Vernehmen zu setzen. Will oder kann aber Oesterreich diese Bedingung nicht erfüllen, so müßte es Preußen, wel- ches ungleich besser in der Lage ist, in Holstein eine Reorganisation vorzunehmen, die gemeinschaftliche Verwaltung beider Herzogthümer überlassen, unbeschadet natürlich des Anrechts beider deutschen Groß- mächte an beiden Herzogthümern bis zur definitiven Regelung und nach einer vorschauweisen Zahlung der 1863/64 verausgabten Kriegs- kosten. Es ist kaum denkbar, daß die österreichische Regierung einem solchen Erjuchen Preußens, wenn dasselbe in höflichster Form, aber mit unbeeirrter Festigkeit und Abweis jeder Verschleppung vorgebracht wird, nicht binnen einigen Wochen nachgeben sollte, da rechtlich wie thatsächlich die Lage für einen österreichischen Widerspruch bei weitem ungünstiger sein würde, als im Decemb. 1864 und im letzten August, immer vorausgesetzt, daß es der preussischen Regierung wirklich eben so Ernst mit der Sache ist und die möglichen Konsequenzen von ihr vor- her in Rechnung gebracht sind.

Wien, 1. Dez. Gegenüber dem neuesten aufgetauchten Gerücht von einer angeblichen Abreise des englischen Bevoll- mächtigten, Hrn. Morier, von Wien, durch welche Abreise das Zustandekommen des Handelsvertrages zwischen England und Oesterreich in Frage gestellt sein soll, kann die „General- Korresp.“ versichern, daß die diesfälligen Unterhandlungen gerade jetzt die erfreulichsten Fortschritte machen und ein günstiger Abschluß derselben mit Zuversicht zu erwarten ist.

Schweiz.

Bern, 3. Dez. Der bayrische Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Graf v. Hompeich, reist heute, durch den Tele- graphen dazu beordert, nach Florenz.

Italien.

Florenz, 29. Nov. (Allg. Ztg.) In der heutigen Kam- mer Sitzung hat das Ministerium zum ersten Mal eine förmliche Niederlage erlitten. Es handelte sich um die Wahl des Kollegiums von Casellnuovo nei Monti in der Person des Grafen Grillenzoni aus Reggio (Modena), der, 1821 als Carbonaro in contumaciam zum Tode verurtheilt, meistens in der Schweiz lebte, und dem das Ministerium wie der Berichterstatter in der fraglichen Wahlprüfung die ita- lienische Heimath nicht zugestanden wissen wollte. Die Mini- ster Natoli und Corlese wandten alle Kräfte auf, daß die Kammer die Nichtwählbarkeit Grillenzoni's votire; aber mit Grilli vereinigte sich Boggio; die Worte fielen hüben und drüben scharf, und das Ergebnis war, daß die Kammer die Wählbarkeit Grillenzoni's aussprach. Das ist ein erster Sieg der entschiedenen Linken. Die 57 Seminarien, deren Einkünfte durch die Regierung mit Beschlag belegt wurden, haben gerichtliche Klage eingeleitet, und Boggio ist ihr Ver- theidiger.

Frankreich.

Paris, 2. Dez. (Köln. Ztg.) Die beabsichtigte Verstim- mung des Gartens des Luxemburg hat in Paris einen wahren Sturm hervorgerufen. Seit vierzehn Jahren hat man in der französischen Hauptstadt so ziemlich Alles über den Haufen geworfen. Die Pariser ließen sich Alles ruhig gefallen. Da man aber nun auch Hand an den so volks- thümlichen und wirklich prachtvollen alten Garten legen will, bricht ihnen endlich die Geduld, und sie reklamiren mit Un- gestüm gegen das Projekt, das die schönste öffentliche Prome- nade von Paris — sie ist nach den Plänen von Jacques de Brosse ausgeführt worden — zur Hälfte vernichten soll. Die Petitionen an den Senat, in welchen Einspruch erhoben wird, werden in großer Zahl unterzeichnet, und alle sogenannten unabhängigen Blätter, ja sogar die offiziöse „Patrie“, sprachen sich mit Entschiedenheit gegen das Dekret aus, das Paris auf so ganz willkürliche Weise einer seiner wenigen alten Mo- numente berauben will. Die ganze Sache wird natürlich vor den Senat und auch wohl vor den Gesetzgeb. Körper kom- men. Einer der Pariser Deputirten, Hr. Picard, tritt bereits heute in einem an die Journale gerichteten Schreiben mit großer Energie gegen das Regierungsdekret auf, das er für nicht kon- stitutionell erklärt. — Heute fand in St. Cloud Ministerrath statt. Fould will jetzt auch in dem Postwesen bedeutende Er- sparnisse ausführen. Was die Abschaffung des Detroi anbe- langt, so ist dies nach der „Patrie“ ein leeres Gerücht. — Der Prinz Napoleon ist gestern Abend in Paris angekommen. Seine Gemahlin befindet sich noch in Florenz bei ihrer Schwes- ter, der Königin von Portugal. Sie wird mit dieser und dem König von Portugal nach Paris kommen und sich mit ihnen, sowie mit dem Prinzen Napoleon nach Compiegne begeben, wo auch der Prinz und die Prinzessin von Wales erwartet werden. Es ist die Rede davon, bei dieser Gelegenheit die Commentaires de César nochmals zu geben.

* Paris, 2. Dez. Wie die „France“ meldet, werden die offiziellen Unterhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Handels- und Schiffsfahrts-Vertrages zwischen Frankreich und Oesterreich in Paris in den ersten Tagen nächster Woche eröffnet werden. — Wie der „Pays“ meldet, hat Shibola Hiengumo Kami, der Anführer der japanesischen Ge- sandtschaft in Frankreich, nachdem er seine Abschiedsbesuche gemacht hat, Paris verlassen. Er begab sich nach England, wo er einige Wochen verweilen wird, ehe er nach Yokohama zurückkehrt. — Den in der letzten Zeit vielfach in Umlauf ge- legten Gerüchten, daß die Regierung die Abschaffung der Accise einer Prüfung unterwerfen werde, glaubt die „Patrie“ entschieden widersprechen zu müssen.

Das „Journ. des Deb.“ veröffentlicht einen sehr langen Brief, der ihm von Hrn. Rosales, dem Vertreter der Re- publik Chili, zur Widerlegung verschiedener Aufstellungen der Depeche des Hrn. Bermudez de Castro zugegangen ist. Der Weg, den Hr. Rosales einschlagen zu müssen glaubte, indem er Hrn. Bermudez de Castro durch Vermittlung des ge- nannten Blattes seine Mittheilungen zugehen läßt, ist gerade nicht sehr diplomatisch; allein er dient doch immer, dem Pu- blikum gegenüber, zur Aufklärung des Thatbestandes. Nach Hrn. Rosales war Chili stets zur ehrenvollen Verständigung

beret und verständig gestimmt, so lauge Hr. Lavra die Sache Spaniens vertrat. Die Regierung von Chili war auf die Forderung, welche Spanien in einer am 15. April in Santiago eingetroffenen Depesche stellt, eingegangen, und mit der Depesche Lavra's vom 13. Mai, worin von einer Salatrung der spanischen Flagge durch 24 Kanonenschiffe noch keine Rede war, hielt sie die Angelegenheit so gut wie erledigt. Allein, ohne daß ein weiterer Zwischenfall dazu gekommen wäre, änderte die spanische Regierung unerwartet ihre Ansichten, schickte neue Befehle, worin u. A. auf den genannten 24 Kanonenschiffen bestanden war, und ernannte, an Lavra's Stelle, zu deren Durchführung den Admiral Pareja. Eine Andeutung, daß die Regierung von Chili geneigt sei, sich mit Admiral Pareja auf Grund seines Ultimatums und des von diesem seither eingeschlagenen Verfahrens zu verständigen, findet sich in dem Schreiben des Hrn. Rosales nicht. Dagegen scheint aus demselben hervorzugehen, daß sie vollständig bereit ist, die weiteren Verhandlungen da wieder aufzunehmen, wo Hr. Lavra sie gelassen hat. Das Schreiben des Hrn. Rosales schließt folgendermaßen:

Zwischen dem und rechtlich mußte die chilenische Regierung den Brief des Hrn. Lavra vom 13. Mai als den wahren und vollständigen Ausdruck seiner Befehle ansehen. Von dem Augenblick an, wo Hr. Lavra in seinem Schreiben vom 20. Mai sich durch die in dem Briefe vom 16. des Ministers des Auswärtigen von Chili gegebenen Auseinandersetzungen befriedigt erklärte, hatte meine Regierung die begründete und rechtmäßigste Ursache, die Differenz als vollkommen beigelegt anzusehen.

Das „Memor. Dipl.“ glaubt einen Beitrag zu der in der bekannten Constitutionnel-Note berührten Politik des Grafen Bismarck liefern zu können. Das genannte Blatt sagt im Wesentlichen:

Nach der innersten Ueberzeugung des Hrn. v. Bismarck könnte die Annexion der Herzogthümer, ohne daß nur ein Gewehr abgefeuert würde, vor sich gehen, wenn Frankreich, dem Uebereinkommen gegenüber, das Preußen früher oder später mit Oesterreich treffen zu können sich schmeichelt, eine vollkommene Neutralität beobachten wollte. Der Präsident des preussischen Kabinetts rechnet nämlich so: Weder England noch Rußland werden je zur Wahrung der souveränen Unabhängigkeit der Ueberzogthümer das Schwert ziehen. Oesterreich selbst, dessen Finanzen so großer Schonung bedürfen, wird einer Sache wegen, die, streng genommen, weder seine Sonderinteressen, noch seine Ehre berührt, keinen Krieg anfangen. Da nun Hr. v. Bismarck Oesterreich für das Aufgeben seiner Mitbestimmungsrechte keine Territorialentschädigung anbieten kann, so war er entschlossen, dem Wiener Kabinet eine sehr reichliche Geldentschädigung zur wirksamen Erleichterung seiner Finanzverlegenheiten anzubieten. „Wenn wir recht unterrichtet sind, und wir glauben es zu sein —“ fügt das „Memor.“ bei —, „so hätte er den Betrag von 80 Mill. Thaler (300 Mill. Fr.) als die Summe bezeichnet, welche Preußen bereit wäre, in den f. f. Schatz gegen Verzichtleistung Oesterreichs auf sein Condominium fließen zu lassen. Dazu mußte aber vor Allem Oesterreich in die Unmöglichkeit versetzt werden, ein Ansehen zu Wege zu bringen.“

Nun folgt die mehrerwähnte Geschichte, wie Hr. v. Bismarck persönlich in Paris den Bemühungen des Hrn. v. Bake entgegenarbeitete, und auf fallige Fährte gerieth, indem er sich einbildete, nur das Haus Rothschild könne Oesterreich Geld verschaffen. Selbstverständlich muß es dem „Memor. Dipl.“ allein überlassen bleiben, für seine Angaben einzustehen. — Dasselbe Blatt ist durch seine Privatverbindungen in den Stand gesetzt, zu versichern, daß Hr. Drouin de Lhuys gelegentlich der jüngst vorgenommenen Reduktion der Armee ein Rundschreiben an seine Agenten im Auslande erlassen habe, um den friedlichen Charakter dieser Maßregel hervorzuheben. — Rente 68.72 1/2, Cred. mob. 876 25, ital. Anl. 65 25.

Paris, 3. Dez. Abends. (W. L. B.) Der amerikanische General Schofield ist hier eingetroffen. Die „Patrie“ sagt, es laufe das seltsame Gerücht um, der General sei in einer auf die Räumung Mexiko's durch die französischen Truppen bezüglichen Mission seiner Regierung gekommen. Die „Presse“ bemerkt, es könne nicht bestritten werden, daß Schofield der Träger einer Mission sei; aber das genannte Blatt fügt bei, es wage kaum zu sagen, daß es sich um die Räumung Mexiko's handle.

Belgien.

Brüssel, 1. Dez. (Fr. J.) Seit einigen Tagen hat sich der Zustand des Königs ernstlich verschlimmert. Es bleibt nur wenig Hoffnung. Heute zirkulirte auf den Bänken der Repräsentantenkammer folgendes Bulletin: „Die Aerzte befürchten eine Unterzersetzung ins Gehirn. Die Zunge ist schwer und der königliche Kranke leidet zum ersten Mal an Besinnungslosigkeit. Dabei sind die untern Gliedmaßen sehr angeschwollen, und die Aerzte wagen es nicht mehr, die Operation des Abzapfens vorzunehmen.“ Auch der Herzog von Brabant ist etwas unbehaglich, doch nicht von Bedeutung. — Die Abgeordnete kammer hat heute endlich die Generaldebatte des Justizbudgets geschlossen. In Folge der noch fortdauernden Unpäßlichkeit des Kriegsministers Baron Chazal wird der Bericht über die Organisation der Armee kaum im Lauf dieser Session zur Vorlage gelangen und mithin wohl das Kriegsbudget und das Kontingenzgesetz für 1866 wieder ohne die seit Jahren in Aussicht gestellte militärische Reorganisation votirt werden.

In Holland steht eine ernsthafte Ministertafel vor der Thüre. Nimmt die Zweite Kammer der niederländischen Generalkammern den Vorschlag des Grafen van Zuylen van Nyevelt an, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, um zu ermitteln, ob auch der Chef des Kabinetts an der limburgischen ungeschicklichen und unmoralischen Wahlbeeinflussung sich betheiligt hat, so kann Hr. Thorbecke nichts Anderes thun, als seine Entlassung fordern und dem Beispiel seines Mitschuldigen, des Finanzministers Bez, folgen. Wahrscheinlich dürfte in diesem Fall der Kolonialminister, Herr Franzen van de Putte, alsdann als Chef des künftigen Kabinetts das Ruder der Staatsangelegenheiten übernehmen.

Brüssel, 2. Dez. Nachm. (W. L. B.) Die Gefahr, welche den König bedrohte, hat sich gemindert; die Pausen

zwischen den Anfällen sind größer, was dem Kranken erlaubt, ein wenig zu schlafen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 2. Dez. Abends. (W. L. B.) Fortwährend laufen Reformadressen ein. Die Ritterschaft und die Geistlichkeit sind in gleichstarke Parteien getheilt. Heute Abend sind die Ritterschaftsparteien bei ihren Primaten zu den Schlussverabredungen versammelt. — Das Reichsschulden-Comptoir unterzeichnete heute den Kontrakt mit mehreren deutschen Firmen über ein Eisenbahn-Darlehen von neun Millionen Thaler. — Die öffentliche Ruhe wurde nicht gestört.

Großbritannien.

* London, 2. Dez. Die Gesellschaft auf Schloß Windsor war gestern durch den Maharadscha Dulcey Singh und seine Gemahlin vermehrt, und im Lauf des Nachmittags kam der künftige Bräutigam der Prinzessin Helena, Prinz Christian von Schleswig-Holstein, an. Der Kronprinz von Preußen (welcher heute abzureisen geht) hat ihn an dem Bahnhof empfangen und nach dem Schloß geleitet.

Der erste Urtheilspruch in dem Fenierprozeß ist gestern gefällt worden. Er lautet auf zwanzig Jahre Zwangsarbeit gegen Thomas Clarke Luby. Die Jury hatte nach zweifelhafter Beratung ihr einstimmiges Schuldig ausgesprochen. Als der Richter vor Verkündung des Strafurtheils an den Angeklagten die Frage richtete, ob er noch Etwas zu sagen wünsche, hielt Luby mit großer Mühe und Sammlung eine eindringliche Anrede an den Gerichtshof. Während er die ihn und seinen Mitgefangenen zugeschriebenen Mordpläne nachdrücklich von sich und den Anderen zurückwies, räumte er ein, nach britischem Gesetz schuldig zu sein. Würde seine Schuld oder Unschuld aber nach dem höhern Maßstab des ewig gültigen Rechts bemessen, und die Entscheidung dem Lande anheimgestellt, so würde die große Mehrheit seiner Landsleute den Anspruch thun, daß er kein Verbrecher sei, daß er sich vielmehr um sein irisches Vaterland Verdienste erworben habe. Eine andere Jury ist schon mit dem Prozeß gegen den zweiten Angeklagten, O'Keary, beschäftigt. Die große Jury verwies O'Brennan, Hartigan, O'Whahony, Cleary, Moore, tree und Keane auf die Anklagebank.

Immer allgemeiner wird der Glaube an Gordon's Unschuld, immer tiefer der Unwillen über seine Hinrichtung; und täglich treten neue Blätter auf die Seite derjenigen, die ihn als Märtyrer ansehen. In London hat gestern ein Meeting wegen dieser Sache stattgefunden, und wurden dieselben Resolutionen gefaßt wie in Manchester. Die Direktoren der „Star Insurance Company“, bei der Hr. Gordon sein Leben für 2500 Pfd. St. versichert hatte, wollen einstimmig beschließen haben, da Gordon nicht durch eigene Schuld umgekommen sei, die Versicherungssumme sofort seiner Wittve auszugeben. Am bedenklichsten aber ist der Umstand, daß der offiziöse „Globe“ unter dem peinlichen Einbruch, den Gordon's Lebewohl an seine Frau hervorgebracht hat, die moralische Ueberzeugung ausspricht, daß der Mann unschuldig sei, und mit Entschiedenheit die Politik Eyre's tadelt.

Die amerikanische Gesandtschaft hat der englischen Regierung eine Depesche von Mr. Seward übermittelt. Das Schriftstück ist sehr friedlichen Inhalts, nämlich ein Dankschreiben für die verschiedenen auf Anlaß von Präsident Lincoln's Tod aus England empfangenen Kondolenzadressen.

Amerika.

* London, 30. Nov. (Der Aufstand in Jamaica.) Bis zum 8. Nov. reichen die mit der jüngsten westindischen Post nach Europa gelangten Zeitungen. Neben den immer wiederholten Behauptungen von einer furchtbaren Verschwörung der Neger wissen diese Blätter in einem Zeitraum von vier Wochen noch keine einzige Thatfache anzuführen, welche auch nur einen annähernden Beweis für solche Behauptungen in sich schließt. Oder soll es genügen, daß gegen einen nun Gehentten, Samuel Clarke, eine Aussage (wie glaubwürdig, bleibt dahingestellt) gebracht worden ist, daß er mehr als einmal gesagt habe, in Morant Bay werde noch Blut fließen? Bei den dort herrschenden Zuständen lag eine solche Prophezeiung gewiß nicht sehr fern. Von den Gründern, auf welche hin das angebliche Haupt der Rebellen, G. W. Gordon, zum Tod verurtheilt worden ist, wird nur das bereits erwähnte Schriftstück bekannt gegeben; und wenn dieses Dokumentes Abfassung ein todeswürdiges Verbrechen war, so könnte Carl Rüssel die erste beliebige Rede Derby's oder Disraeli's gegen eine Maßregel der Regierung zum Grunde nehmen, um die ganze konservative Partei hängen zu lassen. Ein Zeitungs-korrespondent schreibt am 21. Okt. seinem Blatte, dem „Jamaica Standard“, daß er die Verhandlungen des Kriegsgerichts gegen Gordon vollständig aufgezeichnet habe, aber noch nicht veröffentlichte dürfe; bis zur letzten Nummer, der des 7. Nov., kommen diese Aufzeichnungen noch nicht ans Licht. Ob sich aus den Zeitungen der Insel jemals eine Beurteilung der Sachlage nach beiden Seiten entnehmen lassen werde, ist nicht wahrscheinlich; denn die wenigen Stimmen, welche es wagten, sich eines sofortigen Verdammungsurtheils gegen die Neger zu enthalten, sind unterdrückt worden; der Herausgeber der „County Union“ ward in den Kerker geworfen und hat seine Verteidigung der Neger jetzt vielleicht schon mit dem Leben gebüßt.

Vier Wochen lang hat die Niedermehlung, das Hängen und das Peitschen der unglücklichen Schwarzen gebauert; am 7. Nov. scheint der Gouverneur den Grauelnsenen Einhalt gethan zu haben, und zwar zum großen Verdruß vieler Weißen. Alle Einwohner (schreibt ein Blatt aus Morant Bay) sind überrascht von dieser außerordentlichen Milde (?), welche zu früh gekommen ist. 140 Gefangene wurden in Freiheit gesetzt, 100 Männer und 40 Weiber. Mehrere Männer aber erhielten ihr angemessenes Quantum Peitschenhiebe als Warnung und um sie Anstand zu lehren, wie unser würdiger Prozeß sagen würde. Auch am 4. Nov. war schon eine Zahl Gefangener, gegen welche kein Beweis vorlag, daß sie benachteiligt gewesen oder bei einem Mord zugegen waren, mit der neunschwän-

zigen Kacke durchgehauen und laufen gelassen; im Ganzen 99 Heiberlei Geschlechts. Ich glaube, Einige wurden ohne Hiebe entlassen.

Was die Zahl der Hingerichteten angeht, so bleibt leider die furchtbare Wahrscheinlichkeit, daß die Opfer nach Tausenden gerechnet werden müssen; am 31. Oktober waren schon 1050 „Rebellen“ in dem Distrikt von Morant Bay hingerichtet worden. Denn in einer Korrespondenz des „Jamaica Standard“ von genanntem Datum und Ort heißt es in dem jener Inselpresse eigenthümlichen Style: „Es mag Ihren Lesern vielleicht nicht ganz uninteressant sein, zu hören, daß bisher etwas über 1050 Rebellen in der Pfarre von St. Thomas in the East gehängt oder erschossen worden sind; und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß vor Schluß der verschiedenen Kriegsgerichte hier weit über 2000 ihren elenden Versuch, die weiße und farbige Race der Insel auszurotten, mit dem Tode gebüßt haben werden.“ Dazu die ungezählte Menge der an anderen Orten unter den Händen der Soldaten und der Maronen der Kugel, dem Messer, dem Stricke verfallenen Opfer! Eine Menge von „Rebellen“ — Männer, Weiber und Kinder — hatte sich in die Wälder und in das dicke Laubwerk hoher Bäume geflüchtet; die Maronen spürten sie aus, „und während sie nicht Einen aus ihrer Mitte verloren, schossen sie alle Rebellen herab, so daß der Boden mit den Leichen bedeckt ist. Die Ansiedelung am Nutts-Flusse haben sie, mit Ausnahme eines Hauses, gänzlich niedergebrannt und Stony Gut leergeplündert.“ So äußert sich ein Bewunderer dieser „tapferen und loyalen Verbündeten“!

* Port au Prince, 10. Nov. Das französische Kanonenboot „Salla“, welches von Kap Haitt kommt, meldet, der Kommandant des englischen Schiffes „Galatea“ habe ein Ultimatum abgeschickt, welches verlangte, Salmave und die anderen Mitglieder des revolutionären Komitee's hätten sich ohne Bedingungen an Bord der „Galatea“ zu begeben, und worin erklärt war, daß im Fall einer Weigerung die „Galatea“ und die „Lily“ nach Verlauf von 12 Stunden die Forts bombardiren würden. Salmave und die anderen Offiziere hatten sich alsdann an Bord des „Soto“ begeben und angeboten, das Kap unter die amerikanische Fahne zu stellen, wenn der Kommandant des „Soto“ sie gegen die Engländer schützen wolle.

Baden.

Heidelberg, 3. Dez. Das eben erschienene Adressbuch der hiesigen Universität gibt den gegenwärtigen Stand des Besuches an, wie folgt: Im Ganzen beträgt die Anzahl der im laufenden Semester hier Studirenden 812, nämlich Immatrikulirte 728, Personen reiferen Alters und konditionirende Pharmazeuten und Chirurgen 84. Im vorigen Semester betrug die Gesamtzahl der immatrikulirten Studenten 764, so daß die Verminderung nur 36 beträgt, eine Differenz, die meistens die Wintersemester mit sich bringen. Auf die einzelnen Fächer vertheilt, sind verzeichnet: Theologen 82, Juristen 382, Mediziner 50, Chemiker und Pharmazeuten 68, Kameralisten 19, Philosophen und Philologen 129. Unter der Gesamtzahl befinden sich 237 Badener und 575 Ausländer. — Vorgefien bewegte sich ein zahlreicher Fackelzug durch unsere Straßen. Er galt dem Hrn. Bürgermeister Krausmann, dem die Bürgerchaft diese Kundgebung schuldig zu sein glaubte, zu welcher seine Wiederannahme eines Mandats in die Abgeordnetenkammer den erwünschten Anlaß gab, und die in seinen mannichfachen Verdiensten als Bürgermeister und Abgeordneter ihre volle Rechtfertigung findet.

Mischte Nachrichten.

Man meldet aus Reykjavik auf Island: Nach den Äquinoctialstürmen im September trat gegen Ende des Monats hier ein schönes und angenehmes Herbstwetter ein, welches mit wenigen Unterbrechungen bis dato angehalten hat. Anfangs Oktober stieg die Wärme bisweilen bis 9 Gr. R., und erst nach dem 18. zeigten sich Nachfröste in der Nähe des Meeres. Von den Färbern wird gemeldet, daß das Wetter dort im ersten Theil des Sommers bis in den Sommer hinein kalt und trocken, und von Mitte Juli bis Ende September kalt und naß war, indem es täglich regnete. Im Oktober und bis Abgang des Dampfschiffes im November war das Wetter so schön wie die schönsten Sommertage.

Unter'm 2. d. M. haben wir einwilligen von den bei uns für die Abgeordneten in Königsbach eingezogenen Unterstützungsgeldern abschlägig 200 fl. an das Bürgermeisteramt daseibst abgeleant und heute folgende Bescheinigung hierüber erhalten:

Von der Expedition der „Karlsruher Zeitung“ für die Brandverunglückten in Königsbach den Betrag von zweihundert Gulden empfangen zu haben, becheinigt dankbar, Königsbach, 3. Dez. 1865.

Die Unterstützungskommission.
E. Struner, Pfarrer.“

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 9,77	+ 1,0	S.W.	rein	heiter, frisch
Mittags 2 „	9,20	+ 1,5			
Nachts 9 „	9,03	+ 1,5	N.O.	ganz bew.	mondbell, frisch
3. Dez.					
Morgens 7 Uhr	27° 7,87	+ 0,5	N.O.	stark bew.	neblig, frisch
Mittags 2 „	7,20	+ 5,0		schw.	Sonnensch., frisch
Nachts 9 „	7,02	+ 3,0		ganz „	trüb „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 5. Dez. 4. Quartal. 135. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Tartuffe; Lustspiel in 5 Akten, von Molière. Vorher, zum ersten Male wiederholt: Für nervöse Frauen; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion.

Theater in Baden.

Mittwoch 6. Dez. Für nervöse Frauen; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion. Hierauf: Im Wartesalon 1. Klasse; Lustspiel in 1 Akt, von H. Müller. Zum Beschluß: Erziehungsergebnisse; Lustspiel in 2 Akten, von Karl Blum.

